

## DIE LINKE zur Entwicklung bei SCHAEFFLER + CONTI

1. Schaeffler drückte mit Banken eine unterfinanzierte und feindliche Übernahme von Conti durch. Gier nach Profit und Macht waren größer als der nüchterne Blick auf ökonomische Realitäten.
2. Die weltweite Überproduktionskrise, besonders im Automobil-Sektor, und die Auswirkungen der Finanzkrise zeichneten sich eindeutig ab. Einen Plan „B“ gab es bei Schaeffler jedoch nicht.
3. Dieser Firmen-Aufkauf ist ein klassischer Fall von Unternehmer- und Banken-Willkür, zur Konzentration von Profit und Macht.
4. Es geht um die Verursacher-Haftung. Wer meint ohne Rücksicht auf Verluste einfach ein anderes Unternehmen schlucken zu können, muß dafür mit seinem gesamten Vermögen gerade stehen.
5. Gefahr jetzt: Zerschlagen von Betriebsstrukturen, Teile-Verkauf, Schulden-Tilgung  
Folge: **Arbeitsplatz-Verluste**. Ein Insolvenz-Verfahren bedeutet ebenfalls eine unsichere Zukunft. Sogenannte „weiße Ritter“ (Investoren) fallen derzeit schon gar nicht vom Himmel.

## DIE LINKE fordert:

1. **Eigentümer, Manager und Banken müssen alle Zahlen und Zusammenhänge unabhängigen Prüfern, bei deren Auswahl die Beschäftigten mitbestimmen, auf den Tisch legen.**
2. **Eigentümer, Banken, Manager sind alle zur Verantwortung heran zu ziehen. Privatentnahmen („Enteignung der Beschäftigten“) müssen an die Beschäftigten zurückgeben werden.**
3. **Unverzichtbar ist ein tragfähiges und langfristiges Konzept zur Zukunft aller Standorte und Arbeitsplätze. Die Palette zukunftsorientierter Produkte ist zu verstärken und zu erweitern.**
4. **Betriebsbedingte Kündigungen sind auszuschliessen. Mitbestimmung für Beschäftigte bei Umstrukturierungen und notwendigen Qualifizierungsmaßnahmen.**
5. **Belegschaftsbeteiligung und qualifizierte Mitbestimmung auf allen Ebenen sind unabdingbar.**
6. **Für alle Unternehmensteile ist Tarifbindung als Mindeststandard anzuerkennen und einzuhalten. Darüber hinaus gehende betriebliche soziale Leistungen sind zu erhalten.**
7. **Spekulationsgeschäfte für Banken und Industriekonzerne verbieten. Endlich Gesetze, wie Börsen-Umsatzsteuer, Millionärssteuer, Verbot von Hedgefonds u. ä. beschließen!**
8. **Staatliche Unterstützungen als Belegschaftsbeteiligungen zum Schutz von Arbeitsplätzen und Einkommen bei demokratischer Kontrolle der Beschäftigten !**

### **Die bayerische Verfassung im Artikel 158 (2) „zur Sozialbindung des Eigentums“**

*„Für die Allgemeinheit lebenswichtige Produktionsmittel, Großbanken und Versicherungsunternehmen können in Gemeineigentum übergeführt werden, wenn die Rücksicht auf die Gesamtheit es erfordert. Die Überführung erfolgt auf gesetzlicher Grundlage und gegen angemessene Entschädigung.“*

## **Wir fordern gegen die Auswirkungen von Finanz- und Wirtschaftskrise:**

- Für die Krise sollen die zahlen, die sie verursacht haben!
- Schutzschirme für Menschen statt bedingungslos Milliarden für Banken und Konzerne!
- Enteignung der Zocker- und Spekulationsgewinnler!
- Mehr Demokratie in Staat und Wirtschaft !

## **Wir zahlen nicht für eure Krise!**

### **Protestdemonstrationen am 28. März 2009 in Frankfurt und Berlin**

*Dazu rufen auf viele Personen, Organisationen, Verbände, Gewerkschaftsgliederungen, Parteien wie DIE LINKE*

**Wolfgang Ziller**  
Landesvorstand Bayern  
Schweinfurt



**Anton Salzbrunn**  
Landesvorstand Bayern  
Kreissprecher Erlangen/Herzogenaurach



**Regina Pojda**  
Kreisvorstand Ingolstadt